



Presseinformation

Nr. 269/2007

Kiel, Freitag, 14. September 2007

Sperrfrist: Redebeginn

Es gilt das gesprochene Wort!

Gesundheit/Kinder- und Jugendgesundheitsbericht

Heiner Garg: Aus der Studie ergeben sich klare Handlungsaufträge.

In seinem Redebeitrag zu **TOP 43** (Kinder- und Jugendgesundheitsbericht für Schleswig-Holstein) sagte der stellvertretende Vorsitzende der FDP-Fraktion im Schleswig-Holsteinischen Landtag, **Dr. Heiner Garg**:

„Seit Jahren debattieren wir darüber, wie bei Kinder und Jugendlichen gesundheitliche Störungen und Fehlentwicklungen frühzeitig erkannt werden können. Bisher gab es hierfür keine umfassende wissenschaftlich ausgewertete Datenbasis.

Kinder- und Jugendärzte und Gesundheitsämter erheben jeweils einen Teilausschnitt über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen. Statistiken der Krankenkassen und die Ergebnisse von Schuleingangsuntersuchungen ergänzen die Erkenntnisse über den Gesundheitszustand von Kindern und Jugendlichen.

Eine Zusammenführung dieser Daten ist aus Datenschutzgründen, oder weil die Daten miteinander nicht kompatibel waren, nicht immer möglich. Auch, wenn der Gesundheitsbericht der Landesregierung aus dem Jahr 1997 immer weiter fortgeschrieben wurde, bietet der jetzige Kinder- und Jugendgesundheitsbericht des Robert-Koch-Instituts eine wissenschaftliche Datenbasis für künftige Planungen.

Eine Besonderheit dieses Berichtes ist, dass Daten aus Schleswig-Holstein auch mit den Ergebnissen aus anderen Bundesländern verglichen werden können. Ergänzt wird die Studie durch eine zusätzliche Sonderauswertung des Robert-Koch-Institutes im Rahmen eines Landesmoduls für Schleswig-Holstein.

Damit erhält Schleswig-Holstein als einziges Bundesland eine repräsentative Aussage über die Gesundheitssituation von Kindern und Jugendlichen der Altersgruppe 11 bis 17 Jahren. Eine solche spezielle Erhebung ist auch sinnvoll.

Wolfgang Kubicki, MdL
Vorsitzender

Dr. Heiner Garg, MdL
Stellvertretender Vorsitzender

Dr. Ekkehard Klug, MdL
Parlamentarischer Geschäftsführer

Günther Hildebrand, MdL

www.fdp-sh.de

11 bis 17 Jährige werden von den schulärztlichen Untersuchungen nicht mehr erfasst.

Kinder und Jugendliche dieser Altersgruppe suchen nur noch anlassbezogen den Arzt auf, wenn sie sich z.B. verletzt haben und ernsthaft erkrankt sind.

Pubertätsbedingt befinden sich Kinder und Jugendliche in einer Umbruchphase, die zu einem veränderten Gesundheitsverhalten führen kann.

Alle Argumente, die für eine gezielte Untersuchung dieser Altersgruppe sprechen.

Dennoch stellt sich die Frage, warum die Altersgruppen von 0 bis 11 Jahren nicht ebenfalls untersucht worden sind?

Sicherlich ist die Beschränkung auch eine Frage des Preises.

Eine Erhebung für alle Altersgruppen hätte Kosten von rund 1,2 Mio. Euro verursacht, die das Land zusätzlich hätte bezahlen müssen.

Eine wesentliche Erkenntnis der Studie ist aber, dass der soziale Status der Kinder und Jugendlichen in einem engen Zusammenhang mit den Gesundheitsrisiken steht.

Denn die festgestellten Risiken für Übergewicht, Essstörungen, mangelnde Gelenkigkeit oder psychische Probleme trägt vor allem der Nachwuchs aus sozial benachteiligten Elternhäusern.

Wenn Kinder gerade im frühen Entwicklungsstadium erreicht werden sollen, wäre eine repräsentative Auswertung in der Altersgruppe von 0 bis 6 Jahren sinnvoll, um noch differenziertere Präventionsmaßnahmen speziell für diese Altersgruppe zu entwickeln.

Die Ergebnisse der Einschulungsuntersuchungen – also bei Kindern im Alter von 6 Jahren – zeigen beispielsweise, dass 11,3% der Mädchen und 10,8% der Jungen übergewichtig oder adipös sind.

Es wäre sogar sinnvoll, diese Kinder und deren Eltern bereits vorher zu erreichen! Dann genügt es nicht mehr, Modellprojekte in einzelnen Regionen mit entsprechenden Zusatzmodulen zu testen.

Aus der Studie ergeben sich klare Handlungsaufträge.

Welche Konsequenzen aus den Ergebnissen gezogen werden müssen und durch welche sozial-, jugend- und gesundheitspolitischen Instrumente festgestellte Defizite beseitigt werden, sollte durch die Landesregierung dargelegt werden.

Die in dem Bericht von der Landesregierung dargestellten Konsequenzen und Aktivitäten zeigen, dass es auf Landesebene viele Angebote gibt. Viele dieser Angebote und Maßnahmen stehen aber noch zu sehr für sich allein. Ein landesweites Konzept, das alle Maßnahmen noch mehr bündelt und aufeinander abstimmt, gibt es leider noch nicht.

Die Studie macht auch deutlich, dass in einigen Bereichen auf Landesebene bisher noch das Problembewusstsein fehlt – wie z.B. beim Medikamentengebrauch und -missbrauch. Die Tatsache, dass Kinder und Jugendliche bereits früh zu Medikamenten greifen, ist alarmierend und war in dem Ausmaß nicht unbedingt zu erwarten.

Die Studie hat ihren Zweck dann erfüllt, wenn aus diesen Erkenntnissen Konsequenzen gezogen werden. Ich erwarte deshalb von der Landesregierung die Entwicklung eines Gesamtkonzeptes, in dem die in der Studie aufgezeigten Problembereiche gemeinsam mit den Kommunen, Verbänden und Eltern abgearbeitet werden.“